

Der Dekolonisierungprozess und seine Herausforderungen



Wenn wir sicher Geglaubtes, Bekanntes und Vertrautes überdenken müssen, tun es sich viele von uns schwer. Das ist erst mal nichts Außergewöhnliches. Wir könnten es sogar als eine Art Überlebensstrategie bezeichnen. Nicht unbedingt im engsten Sinne des Wortes, sondern eher als ein Versuch, das eigene Sein und das Sein des gesellschaftlichen Kollektivs, zu dem man*frau sich zählt, in Zeiten sich wandelnder Diskurse abzusichern gegen Neuerungen, die ja zumindest potentiell auch Bedrohungen für den bisherigen Status quo bedeuten können. Bekannte Erzählungen, die uns „die Welt erklären“, zeigen uns unseren Platz in dieser Welt auf, zeigen woher wir kommen, warum wir sind, wie wir sind, und geben uns somit Sicherheit – umso mehr, desto schneller sich die Welt zu drehen scheint. Wachsende globale Herausforderungen wie etwa der menschengemachte Klimawandel, die Zunahme überregional relevanter Krisen und bewaffneter Konflikte, die Verlagerung globaler Kräftekonstellationen – all das nährt bei vielen Menschen romantisierende Vorstellungen einer guten alten Zeit, in der es scheinbar besser war, Solidarität größer geschrieben worden ist und niemand – ob aus der Gesellschaft heraus oder aber von außen – das bisherige Sein mit allem, was dazu gehört, infrage stellte.

Einseitige Narrative

Überall auf der Welt existieren Erzählungen, die im Privaten, über die offizielle Erinnerungskultur oder im Bildungssystem weitergegeben werden. Ohne solche Geschichten würde es schwer sein, ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen, das die Gesellschaft zusammenhält.

Der Vollständigkeit halber sei festgehalten, dass sich solche Erzählungen übrigens nicht zwangsläufig auf ganze Gesellschaften beziehen müssen. Sie können sich auch auf Teilgruppen der Gesellschaft oder auch auf Gruppen beziehen, die sich etwa über Ländergrenzen hinweg aufgrund tatsächlich bestehender oder durch Erzählungen geschaffene Gemeinsamkeiten verbunden fühlen. Oft ist die Realität eine Kombination aus beidem.

In vorliegenden Überlegungen fokussieren wir uns auf Narrative, die zumindest vom Anspruch her gesamtgesellschaftlich wirken sollen.

Das Problem bei kollektiven, identitätsstiftenden Erzählungen: Sie tendieren dazu, positive Aspekte der eigenen Selbstverortung in Geschichte und Gegenwart stärker zu betonen als die negativen und problematischen. Das so geschaffene Wir soll selbstredend ein positives sein. Negative Aspekte, die dazu beitragen und -tragen, dieses Wir zu schaffen beziehungsweise aufrechtzuerhalten, werden – wenn überhaupt – höchstens als Fußnoten am Rand akzeptiert, um das im Wesentlichen positive Selbstbild nicht nennenswert hinterfragen zu müssen. Die auf diese Weise oft auf einseitigen Erzählungen basierenden Selbstbilder sind zwar dazu geeignet, einer wie auch immer definierten Wir-Gruppe ein positives „Selbstbewusstsein“ zu vermitteln; Selbstbewusstsein in Führungszeichen, denn echte Selbstsicherheit hält auch Kontroversen aus. Diese Selbstbilder geraten aber schnell ins Wanken, wenn Forderungen nach einer ehrlicheren Befassung mit vernachlässigten oder sogar ausgelassenen problematischen Aspekten dieser Erzählungen lauter werden. Solche Stimmen können entweder aus der Wir-Gruppe selbst kommen oder aber von außerhalb. Außerhalb muss nicht heißen, dass die ihre Stimmen erhebenden Personen und Bewegungen formell gesehen nicht Teil der Gesellschaft sind, in der erwähnte problematische Narrative etwa in Teilen von Politik, Bildung, Erinnerungskultur oder Medien reproduziert werden; außerhalb kann in diesem Zusammenhang auch bedeuten, dass die bisherigen Erzählungen, von denen eine konstruierte Wir-Gruppe profitiert, nicht in der Lage sind, allen formell zum Gemeinwesen dazugehörenden Menschen Identifikationsflächen zu bieten und sie somit mitzunehmen.

Gesellschaften sind nie statisch. Sie ändern sich kontinuierlich, ob von innen heraus oder aber eher von außen – etwa durch Zuwanderung oder durch die Übernahme von neuen Diskursen, Ansichten oder Vorstellungen, die ihren Ursprung woanders hatten.

Sich dadurch ändernde Diskurse lösen selbstredend Kontroversen aus. Solange diese konstruktiv sind, ist das auch in Ordnung. Wenn aber dogmatische Weltanschauungen aneinandergeraten und die verschiedenen Lager jeweils für sich allein die Deutungshoheit beanspruchen, wird es schwierig. Selbstredend hat das Lager, das bisher über die größte strukturelle Macht verfügte, mehr Möglichkeiten, an ihren bisherigen Narrativen festzuhalten beziehungsweise diese aufrechtzuerhalten. Diese privilegierte Ausgangssituation gilt es zu berücksichtigen, wenn der Prozess einer kritischen Betrachtung der bisher dominanten Erinnerungskultur ein ehrlicher und offener sein soll.

Dekolonisierung

Für den Dekolonisierungsprozess, der auch in Deutschland erfreulicherweise seit Jahren an Bedeutung gewinnt, heißt das: Trotz aller Bekenntnisse zu einer diversen, vorurteilssensiblen Gesellschaft und trotz aller Ansätze zur Überwindung des kolonialen Erbes etwa im öffentlichen Raum – Stichwort Denkmäler einschließlich problematischer Straßennamen, die beispielsweise Kolonialverbrecher ehren – tragen aber viele politische Entscheidungen auf allen Ebenen weiterhin dazu bei, dass sich althergebrachte Narrative, die in ein „wir“ und in ein „die anderen“ unterscheiden, nicht nur halten können, sondern sogar Futter bekommen. Dabei müssen wir den Blick weiten, denn eine Dekolonisierung, die sich auf Straßennamen, Erinnerungsorte und dergleichen beschränkt, bleibt unvollständig. Auch andere Bereiche, die scheinbar nichts mit dem innergesellschaftlichen Dekolonisierungsprozess zu tun haben, haben Einfluss auf die Frage, welche Narrative wir uns künftig leisten wollen oder können. Ein Blick auf eine nach wie vor mangelnde Solidarität etwa mit dem sogenannten Globalen Süden*, wenn es um fairere, Mensch und Natur achtende Lieferkettengesetzesentwürfe geht, bei denen man*frau sich am Ende auf Minimalkonsense einigt, oder aber auch auf die jüngst erneut verschärfte EU-Asyl- und Migrationspolitik unterstreicht diese Beobachtung. Solche Politiken sind nichts anderes als systematisiertes und hierarchisierendes Andersmachen im zwischengesellschaftlichen Kontext mit negativen Rückkoppelungseffekten auf den innergesellschaftlichen Kontext. Eine solche unsolidarische, auf materielle und identitätspsychologische Bestandswahrung ausgelegte Politik gefährdet aber eher eine Weiterentwicklung Europas, die dringend nötig ist, wenn wir in der Zukunft noch im sich neuordnenden globalen Gefüge mitreden wollen.

Das zu erkennen, bedeutet in der Konsequenz oben

erwähntes positive Selbstbild zu hinterfragen. Nur, weil sich damit bisher lange relativ ungestört Politik zugunsten einer konstruierten Wir-Gruppe machen ließ, heißt das nicht, dass das so bleiben muss. Das bedeutet nicht, dass sich Europäer*innen nun permanent für ihre bisher dominanten Narrative rechtfertigen sollen, weil viele der Perspektiven, die sie in ihren jeweiligen Gesellschaften besitzen, auf vergangenem Unrecht in kolonialen Kontexten und auf gegenwärtigen Entscheidungen im Bereich der globalen Wirtschafts-, Finanz- oder Sicherheitspolitik aufbauen. Nein, darum geht es nicht. Es geht darum, dass wir erkennen sollten, dass Europa beziehungsweise der „Westen“ sowohl aus moralischen Gründen als auch im ureigenen Interesse neue Narrative brauchen, die sich ändernden inner- und zwischen-gesellschaftlichen Konstellationen gerecht werden. Der Wandel hin zu einer im Wortsinne wirklich offenen Gesellschaft ist alles andere als altruistisch.

Innerhalb einer Gesellschaft vermag ein exklusives Selbstbild, das nicht alle mitnimmt, nicht dauerhaft den sozialen Frieden zu wahren. Je mehr Menschen sich damit nicht (mehr) identifizieren können, desto stärker erodiert auch der gesellschaftliche Zusammenhalt. Und das Nicht-Angehen dieser Baustellen kommt am Ende insbesondere Kräften zugute, die das Rad der Geschichte am liebsten nicht nur einfrieren, sondern sogar zurückdrehen wollen. Demnach ist ein zögerliches Handeln beim Überdenken althergebrachter Narrative in vielen Fällen grob fahrlässig. Um Missverständnissen vorzubeugen: Klar können Erzählungen und damit verbundene physische Erinnerungspunkte nicht in einem Hauruck-Verfahren über Nacht durch neue ersetzt werden. Denn Menschen müssen verstehen, warum es an der Zeit ist, sicher Geglaubtes zu hinterfragen. Sonst machen wir Menschen tendenziell reflexartig zu. Wenn der Prozess der unbedingt notwendigen Dekolonisierung nach einem Aufzwingen neuer Ansichten aussieht, dann halten einige Menschen umso stärker an den veralteten Narrativen fest. Weder einzelne Personen, noch ganze Gesellschaften können einseitig positiv oder negativ gewertet werden. Da das Handeln historischer Persönlichkeiten – wie menschliches Handeln im Allgemeinen – regelmäßig von Widersprüchen gekennzeichnet ist, müssen Debatten, die auf eine Veränderung bestehender Narrative abzielen, auch Kontroversen aushalten können. Kontroversen, das Austauschen und Abwägen von Argumenten für oder gegen bestimmte Erinnerungspraktiken sind unerlässlich. In sich geschlossene Weltanschauungen haben aber im Rahmen solcher gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse nichts verloren.

„Der Kaiser rockt!“ ...

...stand kürzlich auf einer Feedback-Wand im Rahmen einer Ausstellung zum deutschen Kolonialismus und seiner aktuellen Relevanz. Ob die*der Verfasser*in wusste, dass der Kaiser – und da es um den deutschen Kolonialismus ging, ist davon auszugehen, dass Wilhelm II. gemeint war – schon vor dem durch ihn begünstigten Ausbruch des Ersten Weltkriegs, der bis dahin nie gekannte Opferzahlen bedeutete, auch für zahllose Opfer in den damaligen deutschen Kolonien verantwortlich war? Bei seiner sogenannten „Hunnenrede“ 1900 im Vorfeld der Niederschlagung des sogenannten „Boxeraufstands“ in der deutschen de-facto-Kolonie „Kiautschou“ (Jiāozhōu) in China forderte er die Soldaten dazu auf, keine Gefangenen zu machen und kein „Pardon“ zu geben. Das ist ein Vernichtungsauftrag – nicht mehr und nicht weniger. Und dieser Geist, den der Kaiser damals aus der Flasche ließ, wütete dann auch in den folgenden Kriegen in den deutschen Kolonien und mündete in den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts im damaligen Deutsch-Südwestafrika (Namibia). Dass der Kaiser nach seiner erzwungenen Abdankung eine Zeitlang sogar davon ausging, dass ihn die Nazis aus seinem niederländischen Exil zurück nach Deutschland, zurück auf den Thron holen würden, zeigt, dass es für ihn im wahrsten Sinne des Wortes keine moralischen Grenzen gab.

Glücklicherweise war dieser Zettel nicht der einzige, der an der Wand hing. Zur Wahrheit gehört: In der Regel sind die Feedbacks – ob mündlich, auf Fragebögen oder aber auf Feedbacktafeln – eher positiv. Das macht Hoffnung, dass sich Narrative wandeln. Viele Feedbackgeber*innen fordern eine stärkere Befassung mit lange vernachlässigten Themen und sprechen sich für eine Wiedergutmachung kolonialen Unrechts aus. Nicht wenige nehmen dabei Bezüge auf koloniale Kontinuitäten etwa im Bereich der globalen Handelsstrukturen, die auch heute noch viele ehemalige Kolonialgebiete benachteiligen und unter anderem auch ein struktureller Grund für Flucht und Migration sind. Das zeigt: Teile der Bevölkerung sind in vielen Bereichen schon weiter als einige Akteur*innen aus Politik, Medien oder dem Bildungsbereich.

Dass aber Sprüche wie „Der Kaiser rockt!“ oder andere Relativierungen und Verharmlosungen immer wieder geäußert oder zu Papier gebracht werden, zeigt, dass noch viel Arbeit vor uns liegt. Wenn die Betonungen und Auslassungen, von denen unser Geschichtsbild nach wie vor geprägt ist, dazu führen, dass Menschen in Unkenntnis aller Fakten relativierende und verharmlosende – oder gar

heroisierende – Äußerungen tätigen, dann kann Bildung helfen. Wenn solche Aussagen in voller Kenntnis der historischen Fakten getätigt worden sind, wird es schon schwerer. Was hier aber helfen kann: Problematische Signale, die durch die aktuelle Erinnerungskultur ausgesendet werden, ernsthafter zu reflektieren und wo nötig entschlossener handeln. Wenn etwa Wilhelm II. auch heute noch in Form von überlebensgroßen Reiterstandbildern geehrt wird, dann signalisiert das: „Der war im Großen und Ganzen gut!“ Eine Fahrlässigkeit – nicht nur im innergesellschaftlichen Kontext, wo sich immer mehr Menschen von solchen Betrachtungsweisen distanzieren. Auch zwischengesellschaftlich ist das fahrlässig: Möglicherweise wissen bei uns eher wenige Menschen, dass der Kaiser und die Politik des nach ihm benannten Zeitalters nicht nur wirtschaftlichen Aufschwung und „Prestige“ und „Ansehen“ für Deutschland brachten. Es gab auch eine Kehrseite der Medaille. Woanders haben Menschen nicht vergessen, auf wessen Kosten Deutsche damals Territorien, Handelsgüter oder Gefühle der eigenen Überlegenheit anhäuferten. Wenn wir – genauer gesagt unsere Politik – etwa berechtigterweise Menschenrechtsverletzungen im heutigen China anprangern, dann haben wir nicht gerade die glaubwürdigste Basis dazu. Wie können wir in einem Land die Achtung der Menschenrechte einfordern, während wir Menschen, die zu Menschenrechtsverletzungen in eben jenem Land aufriefen, bis heute relativ unreflektiert gedenken? Diese Widersprüche werden uns immer stärker auf die Füße fallen.

Es gibt übrigens auch positive Beispiele für einen reflektierten Umgang mit belasteten historischen Persönlichkeiten. Um beim Kaiser zu bleiben: Die erst letztes Jahr erfolgte Umbenennung der Universität in Münster zeigt, was geht, wenn der politische Wille da ist.

Neue Narrative

Künftig brauchen wir Narrative, die ganzheitlich auf historische Phänomene und Personen eingehen und die Perspektiven der Opfer und Widerstandskämpfer*innen in den Fokus rücken. Das muss ausgewogen und ohne gegenseitige Relativierungen geschehen. Dennoch müssen Verantwortlichkeiten klar benannt werden. Am Ende soll Geschichte nicht gelöscht, sondern der Blickwinkel verändert werden. Umbenennungen von Erinnerungsorten, bei denen der geschichtliche Zusammenhang verloren geht, sind mindestens als „gut gemeint, schlecht gemacht“ einzuordnen. Wenn etwa Vögel, Pflanzen oder Landschaftsbezeichnungen als neue Straßennamen koloniale Spuren tilgen, dann wurde die

Chance vertan, erwähnten Perspektivwechsel vorzunehmen. Und was nie geschehen sollte: Opfer – egal auf welcher Seite – zu hierarchisieren. Wenn das genügend Menschen berücksichtigen, können künftig umfassendere Narrative entstehen, die nicht dazu da sind, eine Wohlfühlatmosphäre für die einen auf Kosten der „anderen“ zu schaffen, sondern die uns allen helfen sollen, uns möglichst realistisch mit allem Positiven und Herausfordernden, was dazu gehört, selbstzuverorten. Letzteres ist auch eine Voraussetzung für eine erfolgsversprechende Bewältigung aktueller Herausforderungen, die immer globaler sind und bei denen Einigelungstendenzen in die jeweilige Wir-Gruppe langfristig keine Option sein können.

Dann hätte der Kaiser ausgerockt.

(Serge Palasie, Juni 2024, inhaltl. allein verantwortlich)

**„Globaler Norden“ und „Süden“ sind Behelfsbegriffe, die „Entwicklungs“- und Industriestaaten ersetzen. Auch für diese Behelfsbegriffe gilt, dass sie die kolonialhistorischen Zusammenhänge der Entstehung beider Länderkategorien unberücksichtigt lassen.

Bildgestaltung (Seite 1): Serge Palasie

Mittlerweile gibt es viele Beiträge zum Thema Erinnerung, auch mit Bezügen zum Kaiser. Einige sind eher an ein Fachpublikum, andere eher an breitere Bevölkerungsgruppen gerichtet. Folgendes Video, in dem es um dekoloniale Erinnerung in Berlin, Hamburg und Köln geht, ist nur ein Beispiel von vielen:

